

Sehr geehrter Herr Dr. Rüttgers,

diesen Brief schreibe ich Ihnen als Wähler und als persönlich Betroffener.

Wie ich erfahren habe, planen Sie offensichtlich nunmehr doch nicht, Ihr Versprechen einzuhalten und die mit den Gewerkschaften ausgehandelten Tariferhöhungen 1:1 auf die Landesbeamtinnen und -beamten und damit auch auf die Staatsanwälte und Staatsanwältinnen sowie Richterinnen und Richter zu übertragen. Die vom Finanzminister vorgetragene Rechtfertigung dieses Wortbruchs ist für mich nicht akzeptabel. Ich halte das für einen Taschenspielertrick, der eines Ministerpräsidenten des größten deutschen Bundeslandes nicht würdig ist.

Sie persönlich haben mir Ihr Wort gegeben. Dass Sie dieses Versprechen von Ihrem Finanzminister zu einem Versprecher entwerten lassen, verstehe ich umso weniger, als in anderen Bundesländern der Abschluss 1:1 übernommen wird.

Seit Jahren vertritt der DRB die Auffassung, dass die Besoldung der Richter und Staatsanwälte des Landes verfassungswidrig ist. Das OVG Münster teilt diese Ansicht.

Dieses Problem verschärft sich mit der neuerlichen Benachteiligung weiter. Dabei geht es keinesfalls auch nur um unerhebliche Beträge: bei dem derzeitigen Stand unserer Besoldung ist bezogen auf 2009 ein Verlust von 246,- € zumindest für mich und meine Familie schon ein nicht unerheblicher Betrag (10 X 20,- X 1,03 + 40,- € = 246,- €).

Nicht nur ich, sondern nahezu alle Personen, mit denen ich aktuell über dieses Thema rede, kommen zu der Auffassung, von diesem Verhalten der Politik noch nicht einmal mehr überrascht zu sein.

Wer zugibt, tatsächlich auf Ihr Wort vertraut und geglaubt zu haben, diesmal zum ersten Mal seit Jahren nicht benachteiligt zu werden, setzt sich bis zur Lächerlichkeit dem Spott der Gesprächspartner aus.

Es entsteht nicht nur der Eindruck, dass das Wort des Ministerpräsidenten keine 20,- € mehr wert sei. Vielmehr ist allgemein der Verlust des Vertrauens in eine ehrliche und aufrichtige Politik enorm.

Über Ihr persönliches politisches Schicksal und das dieser Regierung hinaus befürchte ich, dass diese Episode die ohnehin vorhandene Politikmüdigkeit und Skepsis gegenüber der Aufrichtigkeit und Verlässlichkeit der Politiker weiter verstärken wird. Dies wäre fatal.

Die ideellen Kosten dieser "Einsparung" sind zu hoch. Aber auch die wirtschaftlichen Konsequenzen dürften die Einsparungen deutlich übersteigen.

Wenn die Richter, Staatsanwälte und auch Beamten des Landes das Vertrauen vollständig verloren haben, vom Dienstherrn redlich und angemessen behandelt zu werden, dürfte sich das auch in der Arbeitsmotivation niederschlagen. Ihre Bereitschaft, sich auch weiterhin weit über das Erwartbare hinaus für diesen Staat einzusetzen (ich erinnere an die immer noch bestehende Überlastquote in der Justiz von etwa 130% nach Pebb§sy entsprechend durchschnittlich etwa 53 Wochenstunden), dürfte erheblich sinken.

Dass sich dies sicherlich auch in dem Verhalten der betroffenen Personen und ihrer wahlberechtigten Familienangehörigen bei den anstehenden vier Wahlen niederschlagen wird, ist müßig zu erwähnen.

Ich verlasse mich auf das von Ihnen mir persönlich gegebene Wort und appelliere daher an Sie, den Abschluss auch nominell 1:1 umzusetzen!

Mit freundlichen Grüßen